



II-ANFRAGEN der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN  
für Umwelt, Jugend und Familie  
MARIA RAUCH-KALLAT

22. Juli 1993

A-1031 WIEN, DEN.....  
RADETSKYSTRASSE 2  
TELEFON (0222) 711 58

Z. 70 0502/103-Pr.2/93

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

4842 /AB

1993 -07- 28

zu 4801 /J

Parlament  
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Ilse Mertel und Genossen haben am 27. Mai 1993 unter der Nr. 4901/J an mich folgende schriftliche Anfrage gerichtet:

- "1. Hat es diese Gespräche mit den Vertretern der Bundesländer bereits gegeben?
2. Mit welchen Bundesländern wurden diese Gespräche geführt?
3. Wann haben diese Gespräche mit den jeweiligen Bundesländervertretern stattgefunden?
4. In welchem Stadium befinden sich derzeit die Gespräche (bezogen auf das jeweilige Bundesland)?
5. Gibt es konkrete Ergebnisse aus diesen Gesprächen (bezogen auf das jeweilige Bundesland)?
6. Hat es konkrete Zusagen - wenn ja, welche - seitens der einzelnen Bundesländervertreter hinsichtlich der Schaffung von zusätzlichen Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche gegeben?

- 2 -

7. Gibt es von einzelnen Bundesländern Vorschläge zur Finanzierung der Betreuungseinrichtungen? Wenn ja, welche?

Wenn nein, könnten Sie sich eine Finanzierung im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen, mit 15a-Verträgen vorstellen?

8. Sind Sie bereit, die Initiative von Frauenministerin Johanna Dohnal, in einem Bundesgesetz die Errichtung von familienergänzenden Einrichtungen zu regeln, zu unterstützen?

Diese Anfrage beehre ich mich wegen ihres inneren Zusammenhanges wie folgt zu beantworten:

zu 1. - 6.

Seit meinem Amtsantritt am 25.11.1993 habe ich laufend Gespräche mit den für diese Fragen zuständigen Landespolitikern (Landeshauptleuten und Familienreferenten) geführt. Dabei haben die Ländervertreter auf ihre bisherigen Leistungen und die dadurch erzielten Fortschritte hingewiesen. Ich habe die Position vertreten, daß die Anstrengungen verdoppelt werden müssen, um den österreichweiten Bedarf bis zur Jahrtausendwende zu decken. Die Ländervertreter haben ihrerseits eine hohe Bereitschaft signalisiert, intensiver als bisher den Ausbau voranzutreiben, um dieses Ziel zu erreichen.

Um den Bedarf realistisch abzuschätzen, habe ich eine österreichweite Bedarfserhebung veranlaßt, die seriöse Daten für eine, in die Zukunft gerichtete Lösung dieses Problems liefern sollte.

Am 22. Juli 1993 wurde diese neue Erhebung über die konkreten Bedarfszahlen an Kinderbetreuungsplätzen und die zur Befriedigung dieses Angebots schon vorhandenen Kinderbetreuungsplätzen vorgestellt.

Ich darf diese Erhebung beilegen, in der die Daten der einzelnen Bundesländer ausgewiesen sind.

- 3 -

zu 7.

Welche finanziellen Mittel die Länder im einzelnen für die Finanzierung der Betreuungseinrichtungen bzw. deren Ausbau vorsehen, ist mir nicht bekannt.

Da aber die Finanzierung der Betreuungsangebote der nichtschulpflichtigen Kinder jedenfalls aus Ländermitteln erfolgt, sind diese Mittel ohnehin schon im Rahmen des Finanzausgleiches erfaßt.

Die Finanzierung des Schulbereiches erfolgt nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

Zu 8.

Ein einheitliches Bundesgesetz über die Errichtung familienergänzender Einrichtungen würde einer Verfassungsänderung bedürfen. Sie haben in diesem Zusammenhang ja selbst ausgeführt, daß die Schaffung solcher Einrichtungen in den Zuständigkeits- und Vollziehungsbereich der einzelnen Bundesländer fällt. Erst eine Zuständigkeitsübertragung an den Bund könnte die nähere Ausgestaltung eines solchen Bundesgesetzes zur Diskussion stellen.

Die bisherigen Gespräche zur Strukturreform des Bundesstaates zeigen allerdings, daß die Länder eher Zuständigkeitsbereiche des Bundes für sich in Anspruch nehmen wollen, als daß sie Teile ihrer Zuständigkeiten dem Bund überlassen möchten.

Grundsätzlich scheint es mir aber ausgesprochen sinnvoll, daß es lokale Verantwortlichkeiten gerade für diesen Bereich gibt. Kinder müssen ja auch vor Ort jeweils spezifisch der Situation entsprechend betreut werden.

*Karin Faus-Kaval*